

Einmischen oder zurückhalten?

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage
von TNS Infratest Politikforschung
zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik

Die Körber-Stiftung

Die Körber-Stiftung stellt mit ihren operativen Projekten, Netzwerken und Kooperationspartnern derzeit fünf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen in den Fokus: Dialog mit Asien, Umgang mit Geschichte, MINT-Förderung, Potenziale des Alters und Musikvermittlung. 1959 vom Unternehmer und Anstifter Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute von ihren Standorten Hamburg und Berlin aus national und international aktiv.

Internationale Politik

Als unabhängige Institution leistet die Körber-Stiftung einen Beitrag zur internationalen Verständigung. Wir initiieren und konzipieren ergebnisoffene Dialoge für außen- und sicherheitspolitische Entscheidungsträger, die in vertraulicher Atmosphäre und kleinem Kreis Standpunkte austauschen und Handlungsoptionen entwickeln. Im Mittelpunkt stehen dabei die Perspektiven deutscher und europäischer Außenpolitik in drei Regionen: Asien, Osteuropa sowie der Nahe und Mittlere Osten.

Einmischen oder zurückhalten?

So lauten die Alternativen in der Debatte um die außenpolitische Rolle Deutschlands. Während die Außenpolitik der Bundesrepublik viele Jahrzehnte von Zurückhaltung geprägt war, hat sich seit Ende der neunziger Jahre ein Wandel hin zu einem stärkeren außenpolitischen und militärischen Engagement Deutschlands vollzogen. Anfang 2014 appellierten Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die gestiegene politische und wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands in der Welt anzuerkennen und sich entsprechend stärker außenpolitisch zu engagieren.

Doch sind die Deutschen überhaupt bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen? In welchen Bereichen kann und soll Deutschland auf internationaler Bühne stärker aktiv werden? Welche Ziele und Aufgaben soll die deutsche Außenpolitik verfolgen? Zu diesen Fragen hat die Körber-Stiftung im April und Mai 2014 bei TNS Infratest eine repräsentative Umfrage unter 1.000 Personen ab 18 Jahren in Auftrag gegeben, die wichtige Erkenntnisse über die Einstellungen der Deutschen zur Außenpolitik liefert:

- ♦ Das Interesse an außenpolitischen Themen ist groß. Gleichwohl ist die Bereitschaft zu stärkerem internationalen Engagement eher gering ausgeprägt und in den letzten 20 Jahren stark gesunken. Besonders skeptisch sind die Deutschen hinsichtlich des Einsatzes deutscher Soldaten.
- ♦ Der weltweite Schutz der Menschenrechte und die Sicherung des Friedens sind die wichtigsten Aufgaben und Ziele für die deutsche Außenpolitik.
- ♦ Die Deutschen haben eine klare Priorität für zivile Möglichkeiten außenpolitischen Engagements.
- ♦ Neben einer engeren Zusammenarbeit mit den EU-Staaten Frankreich, Polen und Großbritannien befürworten die Deutschen eine stärkere Zusammenarbeit mit China.
- ♦ Die jüngere Generation ist am wenigsten an Außenpolitik interessiert, zeigt aber die größte Bereitschaft für verstärktes internationales Engagement.

Um Veränderungen und Trends im Zeitvergleich zu erkennen, wurde auf eine Infratest-Umfrage im Auftrag der RAND Corporation aus dem Jahr 1994 zurückgegriffen, die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die mit der Vereinigung entstandene neue Rolle Deutschlands in der Außen- und Sicherheitspolitik untersucht hat.

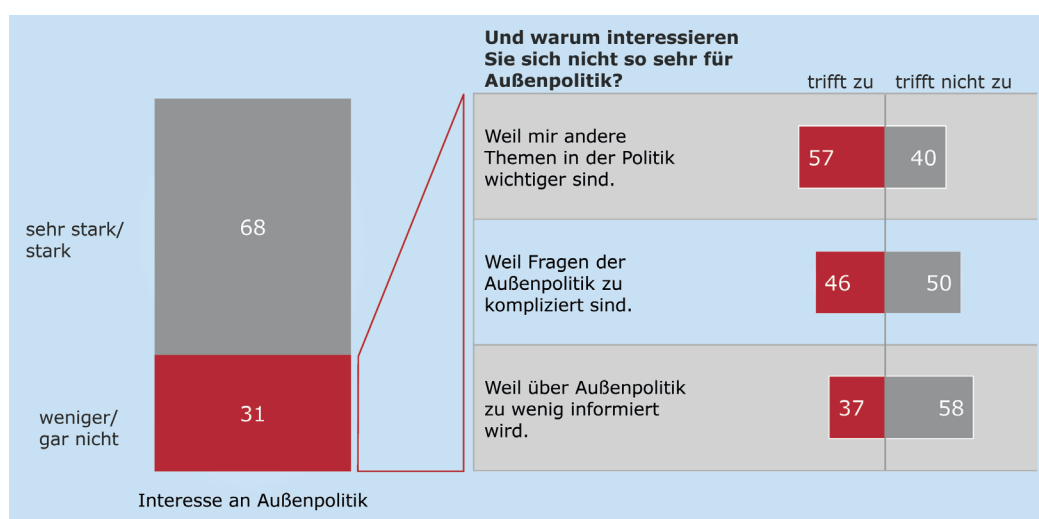
Ein Tabellenband mit allen detaillierten Ergebnissen ist unter www.koerber-stiftung.de/umfrage-aussenpolitik abrufbar.

1. Großes außenpolitisches Interesse

Das Interesse der Deutschen an außenpolitischen Themen ist generell groß. So gaben 68 Prozent der Befragten an, sich sehr stark (12 Prozent) oder stark (56 Prozent) für Außenpolitik zu interessieren. Insbesondere ältere Menschen und Personen mit höherem Bildungsgrad interessieren sich für außenpolitische Themen. Je jünger die Befragten und je geringer ihr Schulabschluss, desto schwächer ausgeprägt ist das Interesse.

Diejenigen, die »wenig« (26 Prozent) oder »gar kein« (5 Prozent) Interesse an Außenpolitik angeben, begründen dies entweder damit, dass ihnen andere Themen wichtiger sind (57 Prozent) oder dass die Materie zu kompliziert ist (46 Prozent).

Gründe für Desinteresse an Außenpolitik



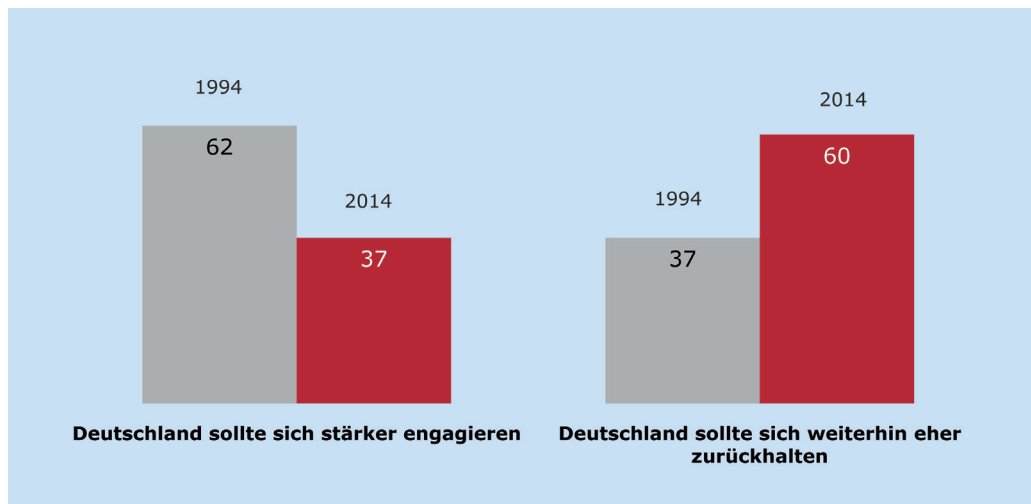
Angaben in Prozent

Da die Umfrage im April/Mai 2014 durchgeführt wurde, bezeichneten die Befragten vor allem die Themen Ukraine/Krimkrise bzw. Russland als größte Probleme der internationalen Politik. Andere Themen – wie etwa Syrien, Afghanistan, die NSA-Affäre oder die Euro-Krise – spielten nur eine vergleichsweise geringe Rolle.

2. Keine Bereitschaft zu stärkerem Engagement

Fragt man die Deutschen, ob sie dem Appell deutscher Politiker nach einem stärkeren internationalen Engagement Deutschlands folgen, fällt die Antwort deutlich aus: 60 Prozent sind der Ansicht, dass sich Deutschland außenpolitisch weiterhin eher zurückhalten sollte, während 37 Prozent ein stärkeres Engagement Deutschlands befürworten. Im Vergleich zu 1994 haben sich diese Positionen diametral verkehrt: Damals sprachen sich nur 37 Prozent für eine Zurückhaltung Deutschlands aus, während 62 Prozent für die Übernahme von größerer Verantwortung plädierten.

Übernahme von Verantwortung bei internationalen Krisen: 1994 und 2014



Angaben in Prozent

Als Hauptgründe für ihren Wunsch nach einer stärkeren Zurückhaltung geben in der aktuellen Umfrage 73 Prozent an, dass Deutschland genug eigene Probleme habe, um die es sich zuerst kümmern sollte. 50 Prozent begründen ihre Zurückhaltung mit der deutschen Geschichte – insbesondere Befragte ab 60 Jahren argumentieren so. 37 Prozent finden, Deutschlands Einfluss in der Welt sei zu gering, um etwas bewirken zu können.

Von den 37 Prozent der Befürworter eines stärkeren Engagements werden folgende Begründungen angeführt:

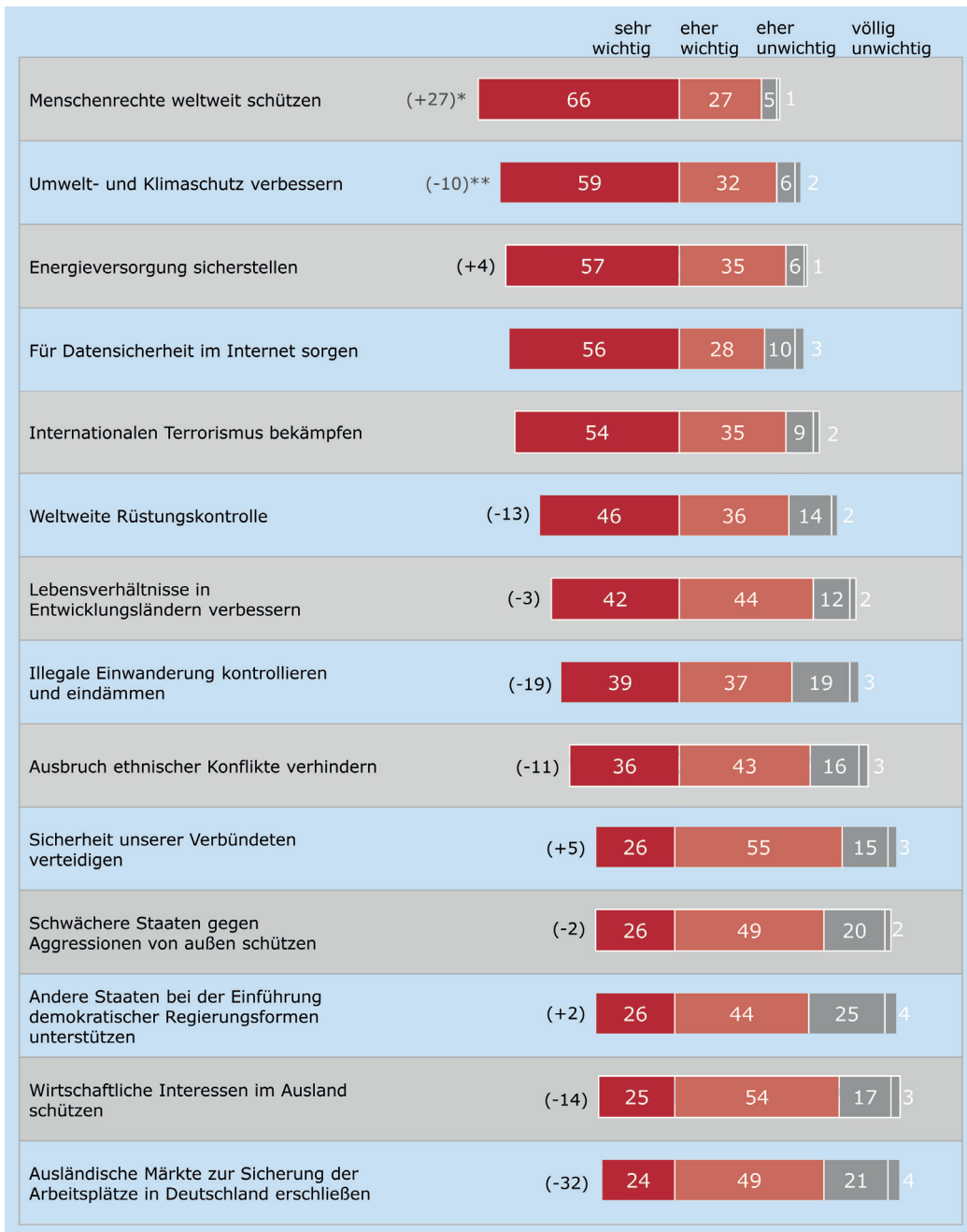
- Deutschland verdankt seinen wirtschaftlichen Wohlstand dem internationalen Handel und sollte daher auch einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in der Welt leisten (93 Prozent).
- Deutschlands gestiegene politische und wirtschaftliche Bedeutung muss sich auch in der Übernahme größerer internationaler Verantwortung widerspiegeln (89 Prozent).
- Deutschland wird weltweit als Vermittler respektiert (85 Prozent).

3. Klare Prioritäten: Frieden in der Welt und Schutz der Menschenrechte

In allen Alters- und Bildungsschichten und unabhängig von Parteipräferenzen ist die Sicherung von »Frieden in der Welt« mit 51 Prozent das wichtigste Ziel deutscher Außenpolitik. Andere Ziele wie Sicherheit (23 Prozent), Freiheit (15 Prozent) oder Wohlstand (8 Prozent) erreichen geringere Werte.

Wichtigste Aufgabe deutscher Außenpolitik ist für die Deutschen der weltweite Schutz der Menschenrechte. 66 Prozent halten diese Aufgabe für wichtig - 27 Prozent mehr als 1994. Die Befragten sind zudem der Ansicht, dass sich die Außenpolitik sehr stark um umwelt- und energiepolitische Themen kümmern soll. Die Verteidigung der Sicherheit der Verbündeten sowie der Schutz schwächerer Staaten vor externen Aggressoren rangieren eher auf den unteren Prioritätenplätzen.

Prioritäten deutscher Außenpolitik



* Formulierung 1994: Förderung und Verteidigung der Menschenrechte in anderen Staaten

** Formulierung 1994: Weltweite Verbesserung der Umweltbedingungen
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Angaben in Prozent

Angaben in Klammern:
Veränderungen zu 1994

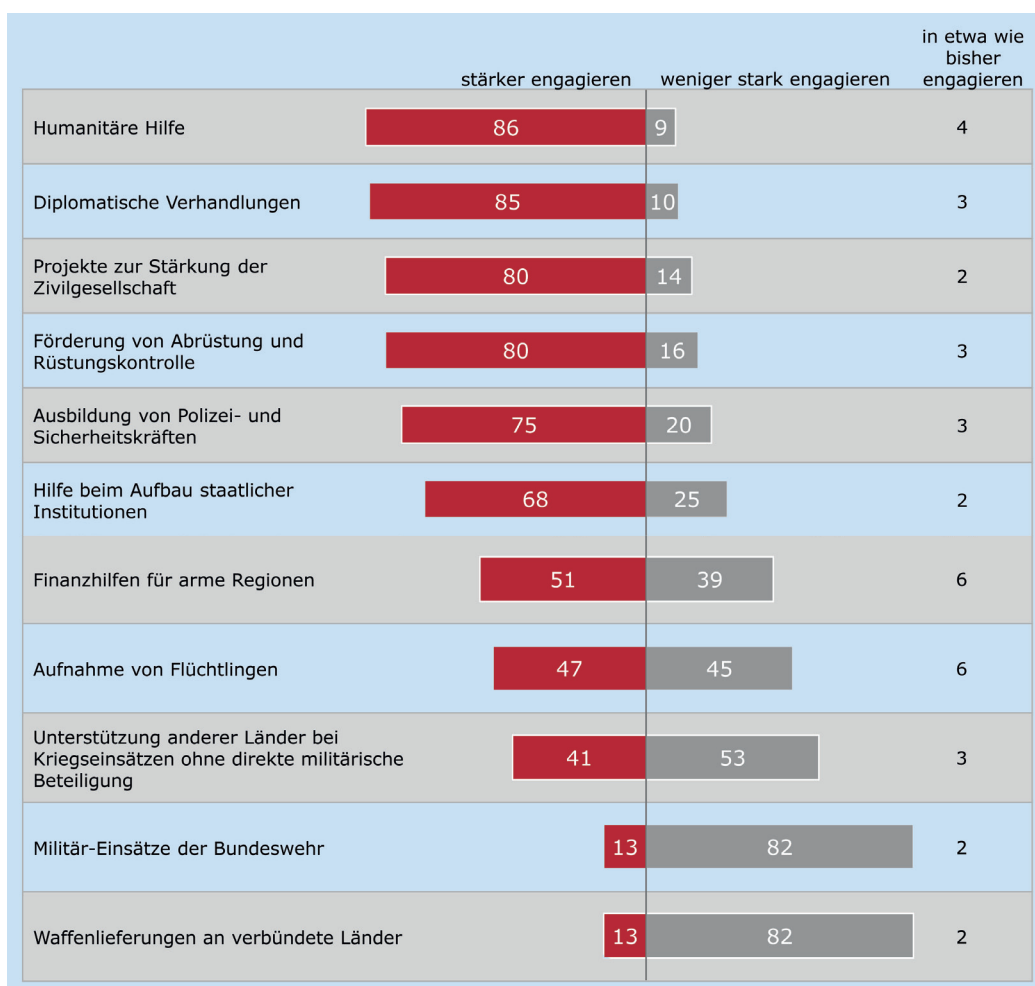
Auffällig ist, dass der Schutz wirtschaftlicher Interessen im Ausland und die Sicherung ausländischer Märkte derzeit und im Vergleich zu 1994 eine untergeordnete Rolle spielen. Ökonomische Überlegungen haben offenbar aus Sicht der Deutschen für die Außenpolitik stark an Relevanz verloren.

4. Zivile Möglichkeiten außenpolitischen Engagements favorisiert

Überraschend ist, dass die Befragten sich einerseits gegen ein stärkeres Engagement Deutschlands aussprechen, andererseits aber die Frage, in welchen Bereichen sich die deutsche Außenpolitik stärker engagieren sollte, überwiegend mit sehr hohen Werten bejahen.

Die Befragten sind der Ansicht, dass Deutschland sich sehr viel stärker bei der humanitären Hilfe, in diplomatischen Verhandlungen, bei zivilgesellschaftlichen Projekten, bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, beim Aufbau von Polizei- und Sicherheitskräften sowie beim Aufbau staatlicher Institutionen engagieren sollte. Diese positive Haltung ändert sich deutlich, wenn nach militärischem Eingreifen und Rüstungsexporten gefragt wird.

Wo soll sich Deutschland engagieren?



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Angaben in Prozent

5. Geringe Unterstützung für militärisches Engagement

Eine deutliche Mehrheit von 82 Prozent der Befragten plädiert dafür, militärische Einsätze der Bundeswehr zu reduzieren (vgl. vorherige Grafik). Diese Ablehnung ist in allen Altersgruppen, Bildungsschichten und Parteipräferenzen gleichmäßig und unabhängig von einer Herkunft aus West- oder Ostdeutschland. Besonders stark ist sie jedoch mit 90 Prozent bei den über 60-Jährigen. Auch die Unterstützung anderer Länder bei Kriegseinsätzen ohne direkte deutsche militärische Beteiligung wird von einer knappen Mehrheit abgelehnt, Waffenlieferungen an Verbündete sogar von einer deutlichen Mehrheit.

Den Einsatz deutscher Truppen würden die Befragten nur gutheißen, wenn Frieden und Sicherheit in Europa direkt bedroht sind, für humanitäre Zwecke, bei einer direkten Bedrohung von Verbündeten, um sich an einer beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahme zu beteiligen und um einen Genozid und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.

Einsatz deutscher Truppen im Ausland

	Ja, halte ich für gerechtfertigt	Nein, halte ich für nicht gerechtfertigt
Bei einer direkten Bedrohung von Frieden und Sicherheit in Europa	87	11
Für humanitäre Zwecke, um z.B. die Versorgung in Krisenregionen sicherzustellen	(-1) 85	13
Um einen Genozid, also einen Völkermord zu verhindern	(+3) 82	15
Um die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen zu unterbinden	(+5)* 77	20
Um sich an international beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahmen zu beteiligen	(-4) 74	23
Bei einer direkten Bedrohung von Verbündeten	(-6) 70	26
Um den Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen bzw. Handelswegen zu gewährleisten.	(+4)* 48	49
Um ein international beschlossenes Wirtschaftsembargo gegen einen Aggressor durchzusetzen	(-11) 44	49

1994: Um die Verbreitung von Atomwaffen zu unterbinden

* Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Angaben in Prozent

Angaben in Klammern:

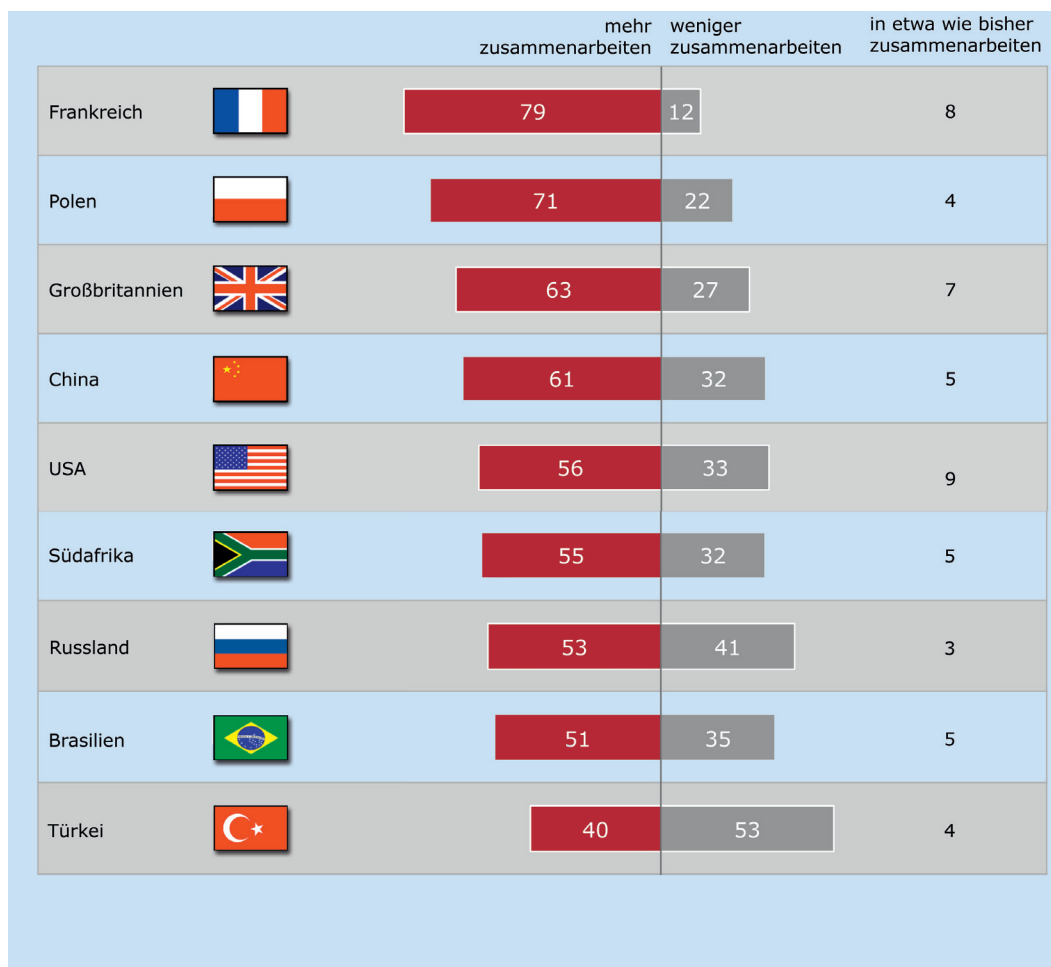
Veränderungen zu 1994

Obwohl der Schutz der Menschenrechte als wichtigste Aufgabe der deutschen Außenpolitik bezeichnet wird und Völkermord ein wichtiger Grund für militärisches Eingreifen ist, sind die Deutschen mehrheitlich (66 Prozent) nicht bereit, einen militärischen Einsatz aus humanitären Gründen ohne entsprechendes UN-Mandat gutzuheißen. Lediglich 33 Prozent würden einen Eingriff aus humanitären Gründen auch ohne entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrates tolerieren.

6. Stärkere Zusammenarbeit mit China gewünscht

Mit Frankreich und Polen, den Partnern im Weimarer Dreieck, möchten die Deutschen noch enger zusammenarbeiten. Auch die Zusammenarbeit mit Großbritannien soll intensiviert werden. Als außereuropäisches Land liegt China an vierter Stelle bei der Frage, mit welchem Land die deutsche Außenpolitik stärker zusammenarbeiten soll – diese Einstellung wird unabhängig von Alter, Bildungsgrad und Parteipräferenz geteilt. Damit kommt es knapp vor den USA, die vor allem von jüngeren Wählern etwas zurückhaltender bewertet werden. Trotz der gegenwärtigen Spannungen erkennen Deutsche weiterhin die Notwendigkeit, mit Russland zusammenzuarbeiten. Die Türkei ist das einzige abgefragte Land, mit dem nach Meinung der Befragten weniger zusammengearbeitet werden soll als bisher.

Soll Deutschland mit diesen Ländern mehr oder weniger zusammenarbeiten?



Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe

Angaben in Prozent

7. Mehr Bereitschaft zu Engagement bei jungen Wählern

Eine Analyse der Umfragedaten hinsichtlich der Altersstruktur ergibt, dass die Bereitschaft zu stärkerem internationalen Engagement umso größer ist, je jünger die Befragten sind. Auch wenn jüngere Wähler bis 29 Jahre insgesamt weniger Interesse an Außenpolitik haben als ältere, zeigen sie die größte Bereitschaft zu außenpolitischem Engagement.

Jüngere Bürger würden mehrheitlich einen militärischen Eingriff aus humanitären Gründen auch ohne entsprechendes UN-Mandat befürworten. Sie argumentieren weniger historisch und votieren am stärksten für den Schutz der Menschenrechte als Aufgabe deutscher Außenpolitik.

Handlungsempfehlungen für die Politik

Aus der Analyse der Umfragedaten ergeben sich für die deutsche Außenpolitik folgende Empfehlungen:

- ♦ Die Frage nach verstärktem Engagement Deutschlands wird in der Öffentlichkeit zu stark mit militärischem Eingreifen assoziiert. Zivile Instrumente und diplomatische Mittel der Außenpolitik müssen in der öffentlichen Diskussion stärker in den Vordergrund gerückt werden.
- ♦ Es sollte eindrücklicher vermittelt werden, dass Deutschlands Wohlstand und Sicherheit mehr als je zuvor von internationalen Entwicklungen abhängen und die Verfolgung deutscher Interessen unserem Land nützt.
- ♦ Es sollte deutlicher gesagt werden, worum es geht. Hierzu gehört auch das Aussprechen unbequemer Wahrheiten. Ziele wie der »Schutz der Menschenrechte« und die »Sicherung des Friedens« sind nicht umsonst zu haben und können auch nicht durch Zurückhaltung in der Außenpolitik erreicht werden.
- ♦ Das Interesse der jungen Bürger an außenpolitischen Fragen sollte gesteigert werden. Hierzu sollten innovative Vermittlungsformen entwickelt werden und das Thema Außenpolitik schon in der Schule eine größere Bedeutung bekommen.

Folgen Sie uns



Wir wollen die Debatte über außenpolitische Themen anstoßen und freuen uns auf Ihre Kommentare!

Fan werden unter:

www.facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs



Der Bereich Internationale Politik ist bei Twitter! Folgen Sie **@KoerberIP**, um über unsere Themen und Aktivitäten informiert zu bleiben.

Podcast, Livestreams und Videos unter
www.koerber-stiftung.de/mediathek

Downloads unter
www.koerber-stiftung.de/downloads



Georg Blume/Christoph Hein
Indiens verdrängte Wahrheit
Streitschrift gegen ein unmenschliches System
200 Seiten
ISBN 978-3-89684-154-4
Euro 17,- (D)

Die langjährigen Asienkorrespondenten Georg Blume und Christoph Hein berichten aufrüttelnd ehrlich über das Leben und Sterben in Indien. Voll Sympathie für Land und Menschen, zugleich voll Zorn über das unnötige Leid, klagen die Autoren die Schuldigen an.



Xuewu Gu
Die Große Mauer in den Köpfen
China, der Westen
und die Suche nach Verständigung
214 Seiten
ISBN 978-3-89684-155-1
Euro 17,- (D)

Der in Deutschland lehrende chinesische Politikwissenschaftler Xuewu Gu plädiert für ein voneinander Lernen, das in die Tiefe der Wertvorstellungen reicht. Nur mit mehr Verständnis füreinander lassen sich die Folgen der Globalisierung bewältigen.



Asiem El Difraoui
Ein neues Ägypten?
Reise durch ein Land im Aufruhr
264 Seiten mit 18 s/w-Abb.
ISBN 978-3-89684-152-0
Euro 16,- (D)

Der Journalist und Politologe Asiem El Difraoui ist durch ein Land gereist, das nicht zur Ruhe kommt. Sein Bericht liefert einen Schlüssel zum Verständnis der aktuellen Situation in Ägypten und zeigt die Menschen hinter den Nachrichten.

Erhältlich im Buchhandel oder über
www.edition-koerber-stiftung.de
* auch als E-Book bei Ihrem Online-Anbieter.

Körper-Stiftung Hauptstadtbüro

Pariser Platz 4a

10117 Berlin

Telefon 030 · 206 267 60

Telefax 030 · 206 267 67

E-Mail ip@koerber-stiftung.de

Körper-Stiftung

Kehrwieder 12

20457 Hamburg

Telefon 040 · 80 81 92 - 0

Telefax 040 · 80 81 92 - 300

E-Mail info@koerber-stiftung.de

www.koerber-stiftung.de

Impressum

Umfrage »Einmischen oder zurückhalten? Die Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik«
durchgeführt von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der Körper-Stiftung. Mai 2014.

© Körper-Stiftung 2014

Herausgeber Körper-Stiftung, Hamburg

Auswertung und Redaktion Dr. Thomas Paulsen, Dr. Dorothea Jestädt

Gestaltung groothuis.de